

Grundgesetzes hat in den letzten Jahren 360 Ergänzungsverordnungen gebracht. (Zuruf: „Das Finanzministerium bei uns ist dagegen ein Waisenknabe!“)

Die Kritik der Massen wird dort rigoros unterdrückt. Korruption und Verschwendung sind an der Tagesordnung, und ein Skandal jagt den anderen.

Bei uns sind seit dem Jahre 1946 die Verwaltungsausgaben laufend gesenkt worden. In den Großstädten betragen sie gegenwärtig nur noch ein Viertel der Ausgaben des Jahres 1946.

In Westdeutschland wird raffiniert die Lüge von der angeblich wahren westlichen Demokratie verbreitet. In Wirklichkeit sind die Bürger rechtlos und werden bewußt von der Mitwirkung an Entscheidungen und erst recht von deren Durchführung ausgeschaltet. Reicht der materielle Druck nicht aus, werden härtere Mittel angewandt. Bei uns würde kein Rat einer Stadt auch nur 48 Stunden geduldet werden, wollte er laufend Tarif- und Gebührenerhöhungen wie in Westdeutschland vornehmen. Nicht eine Stunde könnte er sich halten, wollte er solche Mieten für Neubauwohnungen wie in den westdeutschen Großstädten festsetzen, die ein Mehrfaches unserer Neubaumieten betragen. Das sind unwiderlegbare Tatsachen.

Leider ist es uns noch nicht gelungen, diesen prinzipiell verschiedenen Weg allen Werktätigen im vollen Umfange verständlich zu machen. Insbesondere finden bei den kommunalpolitisch interessierten westdeutschen Menschen unsere Maßnahmen, unser Weg noch nicht das genügende Verständnis. Von den verschiedenen Argumenten, die uns entgegengehalten werden, möchte ich am Schluß meiner Ausführungen nur auf ein einziges eingehen.

In Westdeutschland ist das Charakteristikum der kapitalistischen Kommunalpolitik, der Gegensatz zwischen Gemeinde und Staat, ganz besonders stark ausgeprägt. Der ständig steigende Druck der Bonner Regierung, die immer unverhüllter auftretende Ausplünderung durch die Finanzkapitalisten, die Vernichtung der letzten demokratischen Rechte, selbständig über ihre Gemeindefragen zu entscheiden, hat bei vielen westdeutschen Menschen eine gewisse Resignation erzeugt.

Der Tatsache, daß der wirklich demokratische Weg der Entwicklung in der Deutschen Demokratischen Republik den Gegensatz zwischen Staat und Gemeinde gegenstandslos gemacht hat, stehen sie noch vielfach ungläubig gegenüber. Sie verstehen noch nicht, daß die